

Brief aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Woche können wir erstmals seit 16 Jahren erleben, was es bedeutet, dass sich die CDU/CSU-Fraktion in der Opposition befindet. Erstmals seit 16 Jahren hat ein Gesetz erfolgreich den Deutschen Bundestag passiert, das nicht von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt wurde. Das ist eine Zäsur.

Und so sehr Regierungswechsel in einer Demokratie dazugehören und sogar die Qualität politischer Repräsentation erhöhen können, dieses Gesetz, das in dieser Woche verabschiedet wurde, bringt diese Qualität, die für eine effektive Pandemiepolitik Voraussetzung ist, in keiner Weise mit. Zwar hat das links-gelbe Bündnis einen Teil unserer Änderungswünsche in seinen Gesetzestext aufgenommen (Fragerecht für alle Arbeitgeber), allerdings wird der Werkzeugkasten zur Bekämpfung der Pandemie für die Länder eingeschränkt. Unser Antrag, die epidemische Lage von nationaler Tragweite zu verlängern und nicht auslaufen zu lassen, auch weil die Instrumente bekannt sind und sich auch juristisch bewährt haben, scheiterte jedoch an der parlamentarischen Mehrheit der Ampelparteien.

Ganz unabhängig von den vielstimmigen politischen Entscheidungen der letzten Tage, bleibt es wie in den letzten Wochen und Monaten auch jetzt bedeutsam, dass Sie die allgemeinen Hygieneregeln einhalten und nur zwingend notwendige Kontakte wahrnehmen. Zudem ist die einzige Möglichkeit, diese Pandemie vollständig hinter uns zu lassen, das Impfen. Werben auch Sie bei Freunden und Familie für die Verträglichkeit und den Nutzen des Impfens für uns alle.

Zwar steigt die Zahl der täglichen Impfungen nach Wochen der sinkenden Nachfrage wieder: In den vergangenen sieben Tagen wurden so viele Erstimpfungen verabreicht, wie seit sechs Wochen nicht mehr. Die Nachfrage nach einer dritten Impfung steigt täglich. So haben bisher über 4,3 Mio. Menschen bereits eine Auffrischimpfung erhalten. Aber noch immer sind in Deutschland etwa 13,3 Mio. Erwachsene und 2,3 Mio. 12 bis 17-Jährige sowie 9,2 Mio. Kinder unter 12 Jahren, für die es bisher noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt, ohne Impfschutz. Das sind insgesamt ca. 24,8 Mio. ungeimpfte Personen allein in Deutschland. Impfen macht DEN Unterschied im Kampf gegen das Virus. Nehmen Sie Ihre Verantwortung für sich und Ihre Liebsten wahr, lassen Sie sich impfen und/oder boostern und bleiben Sie gesund.

Herzliche Grüße
Ihr Markus Koob



AUF EINEN BLICK...

Bund-Länder-Gipfel zur Pandemiepolitik

Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weitere Gesetze anlässlich der Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Keine Lösung an EU-Außengrenze zu Belarus

Bundeszuschussverordnung 2022

Gesetz zur Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Daten & Fakten



Bund-Länder-Gipfel:

Die pandemische Lage ist ernst!

Lange haben sich die SPD-Ministerpräsidenten auf Betreiben von Olaf Scholz einem neuen Treffen der Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit der Bundeskanzlerin verweigert. Unbeeindruckt von der Scholz'schen Entscheidung erst die Koalitionsgespräche zu einem guten Ende zu bringen, stiegen die Infektionszahlen und die Hospitalisierungsquoten aber immer weiter, bis auch Olaf Scholz sich den Realitäten nicht mehr entziehen konnte und seine Blockade aufgab.

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder und die Bundeskanzlerin haben sich auf folgende Maßnahmen zur Eindämmung des pandemischen Geschehens in Deutschland verständigt:

1. **Impfen:** Verstärkung der Impfkampagne und Ausweitung der Impfangebote
2. Bundesweit tägliche Testpflicht, auch für Geimpfte und Genesene in **Alten- und Pflegeheimen**, Wohnheimen von Menschen mit Behinderungen und anderen vulnerablen Personen. Die Länder bitten den Bund, eine einrichtungsbezogene Impfpflicht für alle Mitarbeiter in Krankenhäusern und Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie in Alten- und Pflegeheimen und bei mobilen Pflegediensten bei Kontakt zu vulnerablen Personen schnellstmöglich umzusetzen.
3. Bundesweite 3G-Regelung am **Arbeitsplatz**, deren Einhaltung vom Arbeitgeber täglich kontrolliert wird. Alle Arbeitgeber erhalten entsprechende Auskunftsrechte gegenüber den Arbeitnehmern. Dort wo keine betrieblichen Gründe dem Homeoffice entgegenstehen, soll es ermöglicht werden.
4. Einführung von **3G im Öffentlichen Personennahverkehr** und den Zügen des Regional- und Fernverkehrs.
5. Ab einer **Hospitalisierungsrate** von 3 soll sich der Zugang zu Freizeitveranstaltungen & -einrichtungen, Kulturveranstaltungen & -einrichtungen, Sportveranstaltungen und -ausübungen, gastronomischen Einrichtungen und übrigen Veranstaltungen - in

Innenräumen -, sowie grundsätzlich zu körpernahen Dienstleistungen und Beherbergungen auf Geimpfte und Genesene beschränken. Ab einer Hospitalisierungsrate von 6 werden Ausnahmen und Erleichterungen von Schutzmaßnahmen auch bei geimpften und genesenen Personen vom Vorliegen eines negativen Testergebnisses abhängig gemacht (2G plus). Ab einer Hospitalisierungsrate von 9 werden die jeweiligen Länder von den weitergehenden Möglichkeiten des Infektionsschutzgesetzes konsequent Gebrauch machen.

6. Die Länder werden den Bußgeldrahmen ausschöpfen, die Kontrolldichte erhöhen und **Verstöße** entschieden sanktionieren.
7. Rahmenbedingungen und Entlohnung in der **Pflege** sind dauerhaft und stetig zu verbessern. Mit dem Pflegebonus soll die Anerkennung des Einsatzes in der aktuell sehr herausfordernden Situation unterstrichen werden.
8. Krankenhäuser erhalten einen **Versorgungsaufschlag**.
9. Der Bund wird die **Überbrückungshilfe III Plus** (einschließlich der Neustarthilfe) und Regelungen zur Kurzarbeit um drei Monate bis zum 31. März 2022 verlängern. ■

2./3. Lesung:

Änderung des Infektionsschutzgesetzes

Vor einer Woche hatte der Deutsche Bundestag dieses Gesetz in erster Lesung beraten. Seither sind die Infektionszahlen weiter dramatisch gestiegen und die Corona-Lage hat sich nochmals verschärft. Der Gesetzentwurf, den wir nun in zweiter und dritter Lesung beraten haben, wurde zwar an einigen Stellen auf unsere Anregungen hin nachgebessert, so etwa beim Auskunftsrecht der Arbeitgeber und 3G am Arbeitsplatz. Wichtige Änderungen fehlten aber noch: So mangelte es weiterhin an einer klugen Länder-Öffnungsklausel. Diese würde den Ländern die erforderliche Flexibilität geben, um auf die Lage vor Ort adäquat zu reagieren. Ob der Gesetzentwurf von SPD, Grünen und FDP ausreicht, um

das Infektionsgeschehen effektiv eindämmen zu können, ist in den Augen meiner Fraktion und mir zweifelhaft.

Die liberale Anti-Corona-Strategie des links-gelben Bündnisses wird nicht aufgehen. Jeden Tag kündigte sie deshalb eine neue Idee zur Eindämmung der Pandemie an. Die Unionsfraktion hatte sich für die Verlängerung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite, die am 25. November ausläuft, eingesetzt. Diese war seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 die parlamentarische Grundlage für eine schnelle und situationsangemessene Reaktion. Sie wurde vom Deutschen Bundestag mehrfach um je drei Monate verlängert. Angesichts von Rekordinzidenzen und zunehmender Belastung der Intensivstationen ist das Auslaufen der epidemischen Lage zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur sachlich, sondern auch kommunikativ das völlig falsche Signal.

Neben unserem Antrag zur Verlängerung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite, der von der links-gelben Ampelkoalition abgelehnt wurde, haben wir in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung unseren Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes vor Impfpassfälschungen beraten. Mit dem Gesetzentwurf haben wir einen Vorschlag für die Schließung aller erdenklichen Strafbarkeitslücken bei Impfpassfälschungen gemacht. Auch wollten wir das Strafmaß für Impfpassfälschungen erhöhen. Als Reaktion auf unseren Entwurf hatten dann die Ampel-Fraktionen in aller Eile eigene Vorschläge in den Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes eingefügt und unsere inhaltlichen Anliegen teilweise übernommen. Hintergrund unserer Initiative war ein aktueller Beschluss des Landgerichts Osnabrück. Das Gericht hatte die Nutzung gefälschter Impfpässe im privaten Bereich (z.B. gegenüber Apotheken oder Gastwirten) für nicht strafbar gehalten. Die Entscheidung ist in der Fachwelt umstritten und noch nicht rechtskräftig; die Generalstaatsanwaltschaft hat Rechtsmittel eingelegt. Dennoch mussten wir schon jetzt handeln und die Strafbarkeitslücken schließen. ■

EU-Außengrenze zu Belarus:

Bislang keine diplomatische Lösung

Die Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus ist weiterhin äußerst angespannt. Lukaschenko denkt derzeit gar nicht daran, den Druck auf Polen, Litauen und Lettland zu verringern. Deshalb ist es gut und richtig, dass sich die Bundeskanzlerin in dieser Woche in zwei Telefonaten mit Herrn Lukaschenko um eine humanitäre Versorgung der Migrant*innen an der EU-Außengrenze bemüht hat. Es ist daher ein geradezu grotesker Vorwurf, den der hessische Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen am Dienstag medial verbreitete. Die Bundeskanzlerin habe, in dem sie mit dem Wahlfälscher Lukaschenko telefonierte, Herrn Lukaschenko als Präsidenten von Belarus anerkannt.

Was für ein grober Unfug. Die Bundeskanzlerin hatte zurecht versucht, die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze mit diplomatischen Mitteln zu deeskalieren. Es kann doch nicht im Sinne europäischer Werte sein, wenn Menschen an dieser EU-Außengrenze sterben. Trotz des diplomatischen Versuchs der Bundeskanzlerin ist doch ganz klar, auf wessen Seite sie und wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion uneingeschränkt stehen. Wir könnten in dieser Frage nicht enger an der Seite unserer Freunde und Verbündeten Polen, Litauen und Lettland stehen, die für uns alle in Europa diese EU-Außengrenze sichern. Wir in der EU können unsere Freizügigkeit nur soweit wahrnehmen, wie die EU-Außengrenzen sicher kontrolliert werden. Ein Telefonat ist keine Anerkennung einer Wahl, sondern eine Anerkennung der Realitäten. Mit wem hätte die Bundeskanzlerin denn sprechen sollen, um zu deeskalieren, wenn nicht mit dem Diktator selbst?

Ich hoffe für Deutschland, dass Omid Nouripour und die Grünen den Unterschied zwischen ideologischer Moralpolitik und Realpolitik in der Regierung sehr schnell begreifen mögen. Nicht jede Krise lässt sich damit lösen, dass Migrant*innen, die vor den Toren der EU stehen in der EU aufgenommen und deutsche Staatsbürger werden, so wie es die Grünen nicht nur in ihrem Wahlprogramm versprochen. Dass die Grünen damit Lukaschenko in die Falle gehen, sehen sie in ihrer moralischen Ideologie nicht. Deutschland und die EU dürfen sich nicht erpressen lassen – weder von Lukaschenko noch von den Migrant*innen. Damit wäre weiteren Erpressungsversuchen überall auf der Erde Tür und Tor geöffnet. ■

Verordnung:

Bundeszuschussverordnung 2022

Wir stimmten in dieser Woche auch über die Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit zur Festsetzung des ergänzenden Bundeszuschusses für die Sozialversicherung ab. Angesichts der angespannten Finanzlage in der gesetzlichen Krankenversicherung soll der Bundeszuschuss für 2022 nochmals um sieben Mrd. Euro erhöht werden. Zusammen mit dem gesetzlich vorgesehenen Bundeszuschuss von 14,5 Mrd. Euro an den Gesundheitsfonds und dem bereits beschlossenen Sonderzuschuss von 7 Mrd. Euro ergibt sich nun eine Zahlung von insgesamt 28,5 Mrd. Euro. Ohne zusätzliche Finanzmittel des Bundes für das Jahr 2022 wären erhebliche Zusatzbeitragssteigerungen zu erwarten. Zudem würden auch die Lohnnebenkosten für die Wirtschaft steigen. So leistet der Bund einen Beitrag zur Stabilisierung der Lohnnebenkosten unter 40 Prozent und damit zur Erholung der Wirtschaft. ■



Klausurtagung in Berlin:

Hessische Landesgruppe

In dieser Woche kamen wir Mitglieder der Hessischen Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu unserer zweitägigen Klausurtagung in Berlin zusammen, um die 20. Wahlperiode inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten. Zeitweiliger Gast der Klausur war der ehemalige Bundestagspräsident und heutige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, mit dem wir vor allem über das Wahlergebnis sprachen und die Folgen, die sich aus diesem ergeben. Das Bild der Hessischen Landesgruppe entstand vor der Kanzlergalerie im Bundeskanzleramt, in das uns Helge Braun für ein Arbeitsessen eingeladen hat. Es waren informative und interessante Gespräche in einer sehr guten Atmosphäre. ■

1. Lesung:

Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung

Der Deutsche Bundestag hatte in der vergangenen Wahlperiode mit dem Ganztagsförderungsgesetz die stufenweise Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkindern ab dem Jahr 2026 auf den Weg gebracht. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei diesem Ausbau mit 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. Aufgrund der Lage im Handwerk können viele Mittel für den Infrastrukturausbau derzeit nicht rechtzeitig abgerufen und verausgabt werden. Unseren diesbezüglichen Antrag aus der letzten Sitzungswoche ergänzten wir nun mit einem konkreten Gesetzentwurf, über den wir in erster Lesung beraten haben. So wollen wir erreichen, dass der Bund in Abstimmung mit den

Bundesländern die vorgesehene Frist für die Verausgabung der Mittel um eine angemessene Zeit über den 31. Dezember 2021 hinaus verlängert. ■

Daten & Fakten:

Klimakonferenz COP26 in Glasgow

Die wichtigsten Verhandlungsziele Deutschlands und der EU konnten erreicht werden. Nicht nur die EU, sondern auch andere Staaten wie insb. China, Indien, und USA bekennen sich zu ambitionierteren Klimazielen. Insbesondere legten sich die Parteien fest, ihre jeweiligen Klimaziele bereits 2022 nachzuschärfen – eine deutliche Beschleunigung gegenüber dem ursprünglichen Pariser Abkommen. Auch der Abschluss des Regelbuchs ist ein großer Erfolg. Das Pariser Klimaabkommen wird so voll funktionsfähig und die Regeln für Klimabilanzen klar definiert. Es bietet Rechtssicherheit und die Voraussetzung für Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Auch wenn die Formulierung zum Kohleausstieg abgeschwächt wurde, ist das Ziel benannt. Auch China und Indien haben sich zu einem Herunterfahren der Kohleverstromung bekannt. Wichtig ist auch: Beschlossene Initiativen zeigen, dass Initiativen der Willigen möglich sind. Diese können später Vorreiter für globale Vereinbarungen sein. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de